

GROSSBRITANNIEN

In Großbritannien mischen sich die ersten vorsichtigen Zeichen einer beginnenden Erholung der Wirtschaft – für andere lediglich eine Verlangsamung des Falls (*parachuting*) – mit den Sorgen um die langfristigen Perspektiven für den Bankenstandort London, den britischen Arbeitsmarkt, die soziale Stabilität des Landes sowie die künftigen Gestaltungsspielräume der öffentlichen Haushalte.

FUNDAMENTALE ERSCHÜTTERUNG DURCH DIE KRISE

Grundsätzlicher beginnt daneben eine Diskussion über Werte, den Zusammenhalt einer zunehmend gespaltenen Gesellschaft, die Zukunftsfähigkeit des „Anglo-Amerikanischen Modells“ sowie die Sorgen über wachsende Abhängigkeiten, insbesondere von China und Indien. In der Politik, die sich dem Druck eines aufziehenden Wahlkampfes ausgesetzt sieht, ist darüber hinaus zu entscheiden, wie auf zunehmend nationalistische Töne zu reagieren ist, wenn zugleich die sachlichen Herausforderungen internationales Zusammenwirken erfordern. Damit stellt sich auch das Thema Europa für die Briten von Neuem und für manche auf unerwünschte Weise. Als Folge der Krise steht heute nahezu die Gesamtheit der innen- und außenpolitischen Konzepte Großbritanniens auf dem Prüfstand.

Angesichts einer derart komplexen Debatte kann es nicht verwundern, dass viele der jetzt benötigten Antworten vorläufig und oftmals eher taktischer Natur sind und selbst bei denen, die sie zu geben haben, Zweifel und Vorbehalte zurückbleiben. Klar ist: Es gibt weder eine Analyse der Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise,

noch Antworten darauf, auf die sich eine Mehrheit der Eliten in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft oder Kirchen verständigen können.

So gesehen ist die Einigung der G20-Finanzminister und Zentralbank-Gouverneure auf ihrem Treffen vom 4. bis 5. September 2009 in London ein Erfolg, der sich auch in Pittsburgh fortsetzen sollte. Eine Verständigung auf Eckpunkte gemeinsamen Handelns bei Regulierung und Kontrolle, Standards und Jurisdiktion, Transparenz und Monitoring ist aber nicht nur erforderlich, um verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen, sondern auch, um den im Höhepunkt der Krise erreichten Konsens unter den G20-Staaten dann noch zu erhalten, wenn unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Erholung Interessen wieder auseinanderzufallen drohen.

Diese Gefahr ist besonders in London zu beobachten, das um seine Rolle als globaler Finanzplatz bangt und deshalb – vom Bürgermeister angefangen – seine Lobbyisten ausschickt, um bei der eigenen Regierung, in Brüssel, New York und Washington die Katastrophe kleinzureden, die auch in der Londoner City ihren Ausgang nahm. Damit sollen die Konsequenzen eingedämmt werden, die auf den britischen Finanzplatz zukommen.

Solange Premierminister Gordon Brown und Schatzkanzler Alistair Darling mit der Geschlossenheit der übrigen G20-Partner – insbesondere der USA – rechnen können, werden sie aber ein international einheitliches Vorgehen mittragen. Sie haben es selbst angemahnt und initiiert.

Und die Forderung der Banken, ihnen jetzt „wieder die Freiheit“ zu geben, weil sie nur so aus der Krise herauskommen könnten, die sie – bei Genuss weitreichender Freiheiten – mit angerichtet haben, löst nur bei Wenigen spontane Sympathien aus.

SCHWIERIGE INNENPOLITISCHE AGENDA

Schon bald nach Pittsburgh werden jedoch andere Themen die Debatte in Großbritannien bestimmen:

- Ist der „Neo-Liberalismus“ als Modell für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung endgültig kollabiert? Wenn ja, was tritt an seine Stelle?
- Wie kann verhindert werden, dass die britische Gesellschaft noch weiter auseinanderfällt? Wie kann neue Identität geschaffen werden? Welche Werte sollen künftig nicht nur privates Handeln, sondern auch das von Staat und Wirtschaft bestimmen?
- Welche Prioritäten setzt vor diesem Hintergrund eine neue britische Regierung für ihre Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik?
- Welche Folgen hat ein abgeschwächtes Wirtschaftswachstum für die Beschäftigung und damit die soziale Stabilität in Großbritannien?
- Wie geht die Regierung mit einem Schuldenpaket um, das noch die nachfolgenden Generationen zu schultern haben werden? Wo werden Steuern erhöht und Ausgaben gekürzt, um die nötige Haushaltsentlastung von jährlich ca. 90 Milliarden Pfund zu erreichen?
- Wie kann Betrieben geholfen werden, Eigenkapital zu erhöhen und Kredite zu erhalten, die sie zur Sicherung ihrer Existenz und der Arbeitsplätze brauchen, wenn der Staat bereits die Grenzen dessen überschritten hat, was er über Konjunkturpakete leisten kann?
- Wo verläuft die Grenze zwischen der Überschuldung des Staates und der Gefahr, dass durch einen Rückzug des Staates aus der Rezession eine Depression wird?

HOFFNUNG AUF EINEN KONSOLIDierten G20-MECHANISMUS

Manche der Fragen stellen sich so oder ähnlich auch in anderen Ländern. Vor diesem Hintergrund hat der G20-Prozess auch aus britischer Sicht wichtige Funktionen: Er nimmt die Einsicht auf, dass viele der Herausforderungen nur international abgestimmt und koordiniert zu bewältigen sind und erleichtert durch gemeinsames Vorgehen die Vermittlung von Entscheidungen in die beteiligten Länder hinein.

Zugleich ist allerdings offenkundig, dass die Ausgangs- und Interessenlage der G20-Mitglieder für gemeinsamen Strategien und Konzepten Grenzen setzt. Letztendlich werden sich politische Entscheidungsträger an den Interessen ihres Landes zu orientieren haben und daran, wie deren Wahrnehmung sich auf ihre Wahlchancen auswirkt. Solange es gelingt, auch diese Überlegung zum Bestandteil gemeinsamer Beschlüsse zu machen, wird der G20-Prozess zu einem wichtigen Instrument internationalen Zusammenwirkens auch über die Krise hinaus werden können.

Die zu Selbstkritik fähigen Beteiligten an der Debatte räumen ein, dass sich die Positionierung Großbritanniens international, insbesondere auch als Folge der Krise, verändern wird. Die Verschiebungen der globalen Schwerpunkte zugunsten insbesondere Chinas und Indiens, aber auch großer Teile von Lateinamerika, verändern Abhängigkeiten und Einflusszentren. Daneben hat die Krise dem „westlichen Modell“ in seiner spezifisch Londoner Ausprägung Strahlkraft und Vorbildcharakter genommen. Vor diesem Hintergrund erscheint es vielen schon als Erfolg, wenn es auch in Zukunft gelingt, China und Indien weiterhin in den G20-Prozess eingebunden zu halten.

*Thomas Bernd Stehling
KAS-Auslandsbüro London*